

## **Mitteilungsvorlage**

**Drucksachen-Nr. 0275/2014**  
**öffentlich**

| <b>Gremium</b>                                                                         | <b>Sitzungsdatum</b> | <b>Art der Behandlung</b> |
|----------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|---------------------------|
| Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann | 18.09.2014           | Beratung                  |

### **Tagesordnungspunkt**

#### **Jahresbericht 2013 zur Unterbringungssituation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, jüdischen Migrantinnen und Migranten, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und Menschen in Wohnungsnot in städtischen Unterkünften**

### **Inhalt der Mitteilung**

#### **Einleitung/Besonderheiten im Berichtsjahr**

Das Jahr 2013 war im Flüchtlingsbereich durch zwei unterschiedliche Phasen geprägt. Während im ersten Halbjahr die Belegungszahlen stagnierten, so war ab Sommer 2013 ein massiver Anstieg der Anzahl der unterzubringenden Menschen zu verzeichnen.

Im Bereich der Menschen mit Wohnungsproblematik lag weiterhin der Schwerpunkt auf der Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen, speziell solcher mit psychischen oder/und Suchtproblemen. Darüber hinaus gab es zwei bedeutende Ereignisse im Jahr 2013, die kurz hintereinander die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr stark forderten: im April wurde in Bensberg ein Gebäude in der Schlossstraße durch ein Feuer unbewohnbar, so dass in der Brandnacht kurzfristig 30 dort Wohnende, 8 Frauen und 22 Männer, versorgt werden mussten. Bei den unterzubringenden Personen handelte es sich oftmals um Menschen mit Suchtproblematiken und/oder psychischen Problemlagen.

Zusätzlich wurde 3 Wochen später in der Hauptstraße das Hotel „Am Driesch“ in Folge eines Polizeieinsatzes wegen illegalem Spiel und Förderung der Prostitution durch die Bauaufsichtsbehörde geschlossen. In der Folge mussten 5 männliche Personen langfristig untergebracht werden.

Da diese zusätzlichen Bedarfe, ebenso wie die seit Mitte des Jahres deutlich steigenden Flüchtlingszahlen nicht absehbar waren, wurden in den Vorjahren städtische Unterkünfte abgebaut und veräußert oder auch anderen sozialen Zwecken zugeführt (z.B. Jugendhilfestation Stiftung Scheurer).

In 2013 wurde zudem mit dem Neubau der durch einen Brand nicht mehr nutzbaren Unterkunft in Gronau begonnen. Mit der Fertigstellung ist ca. Ende September 2014 zu rechnen. Hier sind die Erfahrungen aus der praktischen Arbeit in die Bauplanungen mit eingeflossen. Nicht zuletzt fanden die Belange der Barrierefreiheit hier in ausreichendem Maße Berücksichtigung. Das neue Gebäude wird 24 Einzelzimmer erhalten, im Gebäude davor waren 30 Einzelzimmer vorhanden.

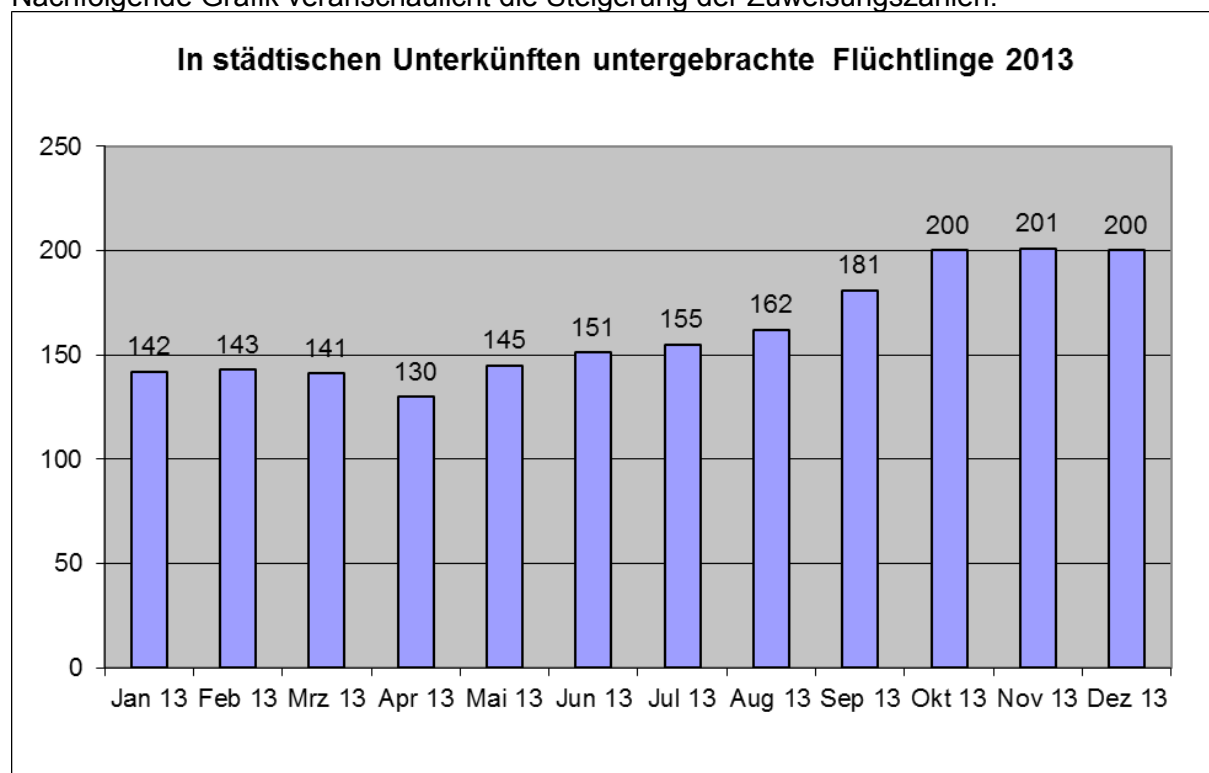
### **Unterbringungssituation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern**

Anfang 2013 waren an insgesamt 7 Standorten 142 ausländische Flüchtlinge ( davon 61 weiblich ), ein Spätaussiedler und eine Spätaussiedlerin untergebracht.

Im Lauf des Jahres 2013 wurden 145 Asylbewerber/innen sowie 26 Rückkehrer/innen, die schon einmal hier gemeldet waren, in den städtischen Unterkünften untergebracht. Darunter waren 4 Neugeborene. Von diesen insgesamt 171 Personen waren 92 weiblich (= 53,8 %). Dagegen sind im Laufe des Jahres 115 Personen ausgezogen, davon 42 in Wohnungen, 21 wurden in andere Gemeinden umverteilt, 34 kehrten in die Heimat zurück, und 18 verließen die Unterkünfte mit unbekanntem Ziel. 51 dieser 115 Personen waren weiblich (= 44,35 %).

Insgesamt kam es also durch mehr Zugänge als Abgänge zu einer deutlichen Steigerung der Belegungszahlen auf 200 Asylsuchende am Ende des Jahres, was einer Erhöhung um mehr als 40 Prozent entspricht. Der Anteil an weiblichen Asylbegehrenden lag bei 51,5 % bzw. 103 weiblichen Personen.

Nachfolgende Grafik veranschaulicht die Steigerung der Zuweisungszahlen:



## Unterbringungssituation von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen

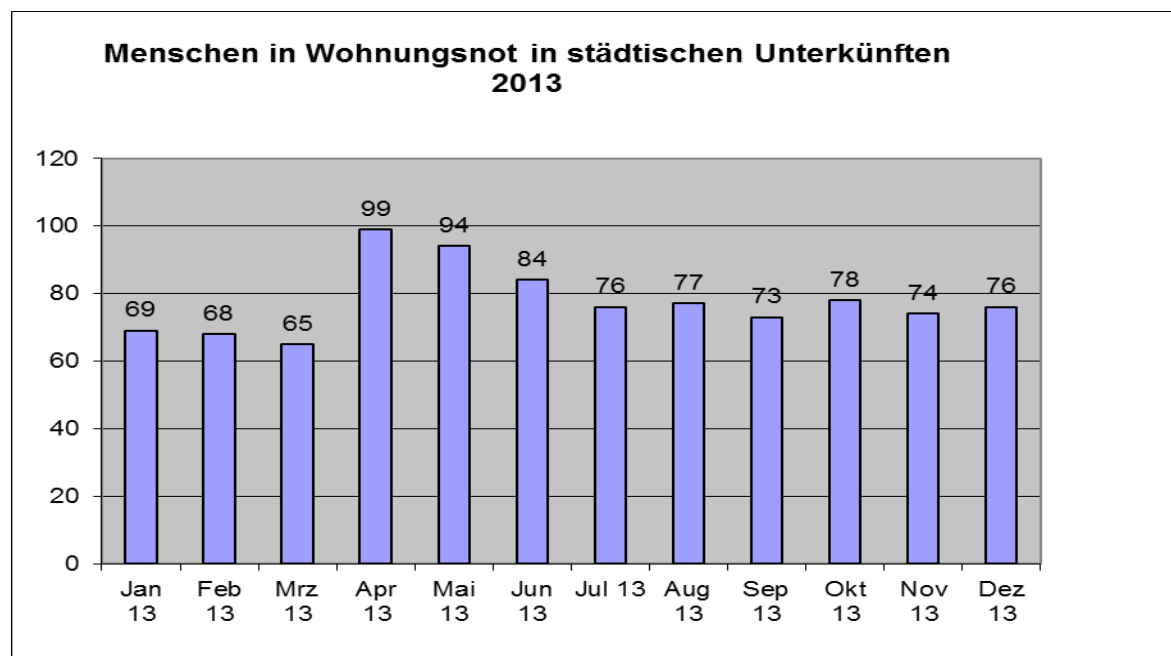
Anfang 2013 gab es noch eine Spätaussiedlerin und einen Spätaussiedler in städtischen Unterkünften. Diese zogen jedoch im Sommer aus, so dass zum Ende des Jahres keine Spätaussiedler/Innen oder jüdische Migranten/Innen aus der ehemaligen Sowjetunion mehr untergebracht waren.

Ob diese Entwicklung auch zukünftig so anhält, ist derzeit nicht absehbar – es steht die Aussage einer Mitarbeiterin der Bezirksregierung Arnsberg im Raum, nach deren Meinung Verfahrenserleichterungen dazu führen könnten, dass erneut Abkömmlinge von Spätaussiedlern nach Deutschland einwandern.

Eine weitere Gruppe, für die aufgrund von Vorankündigungen Räumlichkeiten vorgehalten werden mussten, war die der syrischen Kontingentflüchtlinge. Zuweisungen erfolgten trotz der Ankündigung in 2013 allerdings noch nicht.

## Unterbringungssituation von Menschen in Wohnungsnot

Die Anzahl der Personen, die in Notunterkünften untergebracht wurden, ist im Jahr 2013 wieder leicht angestiegen: von 69 Personen Anfang Januar auf 76 Personen Ende Dezember. Allerdings beinhaltet diese Entwicklung über das Jahr verteilt 100 Zugänge (davon 37 in die „Notschlafstelle“) und 93 Auszüge. In diesem Zeitraum wurden 22 weibliche Zugänge und 23 weibliche Abgänge verzeichnet. 54 Personen konnten in privaten Wohnraum vermittelt werden, 33 Personen verzogen mit unbekanntem Ziel.



Anmerkung zur Grafik: Die Steigerung im April 2013 ist auf den oben schon erwähnten dramatischen Brand in der Bensberger Innenstadt zurückzuführen, in dessen Folge 30 Personen kurzfristig untergebracht werden mussten. Die Grafik zeigt jedoch auch die Wirksamkeit der sozialpädagogischen Unterstützung der wohnungslosen Menschen mit dem Ziel der Reintegration auf den regulären Wohnungsmarkt, da innerhalb eines halben Jahres die Anzahl der – auch aus der Schlossstraße - untergebrachten Menschen wieder annähernd auf

das Niveau zu Beginn des Jahres zurückgeführt werden konnte.

Im Jahr 2013 waren 59 Zwangsräumungstermine durch den Gerichtsvollzieher angesetzt worden, in deren Folge aber nur 14 Personen untergebracht werden mussten. Aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach eine erfreuliche Entwicklung, da hierdurch Platzkapazitäten für den Flüchtlingsbereich zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Anzahl der Zwangsräumungstermine war relativ gering, da im Amtsgerichtsbezirk mehrere Gerichtsvollzieher langfristig ausgefallen waren. Für die Zukunft ist deshalb davon auszugehen, dass diese Zahl wieder erheblich steigen wird.

Seit 2011 wird verstärkt der Soziale Dienst in die Prävention von Obdachlosigkeit eingebunden. Die Bearbeitung von Räumungsklagen, die über das Amtsgericht an den Sozialhilfeträger übermittelt werden, ermöglicht hierbei die Chance, noch zeitnaher an die Problemfälle heranzukommen und so eine drohende Zwangsräumung zu vermeiden.

In 2013 wurden diesbezüglich 77 Räumungsklagen hier anhängig. Bei 237 Beratungsfällen bezüglich der Sicherung von Wohnverhältnissen wurde bei 114 Anfragen eine intensivere Klärung und Beratung mit mehreren Hausbesuchen notwendig, um eine Wohnraumsicherung zu erreichen.

Der Soziale Dienst fungiert hier weiterhin erfolgreich als vorgeschaltete Stelle, um eine drohende Unterbringung in einer Notunterkunft zu vermeiden, vorhandenen Wohnraum zu sichern oder nach tragfähigen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die parallel zu den Notunterkünften eingerichtete Notschlafstelle beherbergte in 2013 insgesamt 37 Personen, davon 8 Frauen. Dabei ging es um die Unterbringung von Personen, die nach dem Gewaltschutzgesetz ein befristetes Hausverbot durch die Polizei erhielten (in der Regel 10 Tage), aber auch Menschen, die von der Polizei nachts oder am Wochenende ohne Obdach aufgegriffen wurden. Nicht alle Personen mussten im Anschluss in einer Notunterkunft fest untergebracht werden, sondern es kam in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst zu anderweitigen Lösungsmöglichkeiten. Hierbei wird die Notschlafstelle manchmal gezielt für 2 bis 3 Tage als Unterkunft genutzt, um Zeit für andere Lösungen zu gewinnen und damit eine endgültige Unterbringung in einer Notunterkunft zu vermeiden.

Es konnte erneut festgestellt werden, dass bereits in den Notunterkünften untergebrachte Personen oft nur wenig Engagement bei der Beschaffung von eigenem Wohnraum zeigen. Hierbei spielen die schlechten Erfahrungen aus früheren regulären Wohnverhältnissen oder die Summe der Vermittlungshemmnisse eine große Rolle. So stellen beispielsweise ehemalige Zwangsräumungen wegen Mietrückstand und Einträge wegen Verschuldung in der SCHUFA auf dem Wohnungsmarkt ein oft unüberwindliches Hindernis dar.

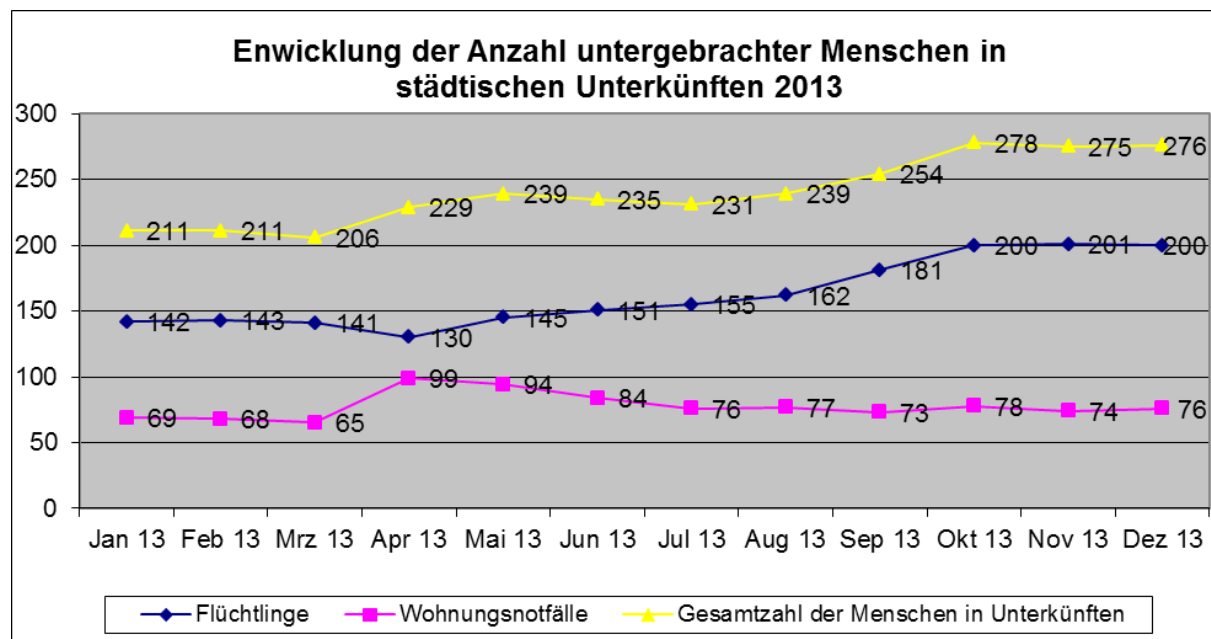
Bei dem Personenkreis der Suchtmittelabhängigen und/oder psychisch Erkrankten fehlt vielfach die notwendige Kompetenz zur Wohnraumsuche, aber auch die notwendige Akzeptanz auf Vermieterseite. Hier bleibt oft nur der Weg über eine gesetzliche Betreuung, die bei Bedarf über die Einschaltung der städtischen Betreuungsstelle angeregt wird. Ein angemessener Wohnraum außerhalb der Notunterkünfte ist damit aber noch immer nicht gewährleistet. Bei den als vermittelbar und wohnfähig eingestuften Personen wurde die Mitwirkungspflicht stärker eingefordert und seitens der Betroffenen als Hilfe zur Selbsthilfe empfunden und daher auch erbracht.

Die längerfristige Unterbringung von Personen mit schweren psychischen Defiziten und ausgeprägter Suchtproblematik stellte hohe Anforderungen an den Betreuungs- und Hausmeisterdienst. Im Durchschnitt musste der Hausmeisternotdienst zu 25 Einsätzen pro Monat ausrücken, um Stromausfälle, defekte Heizungen, Wasserschäden oder verstopfte Abflüsse zu bekämpfen. Nicht selten waren die Ursachen auf das Fehlverhalten von Bewohnerinnen und Bewohnern zurückzuführen, aber auch der Zustand der mittlerweile in die Jahre gekommenen Unterkünfte spielt hierbei eine große Rolle. Nicht selten wurde der Notdienst auch ohne

sachlichen Grund kontaktiert, was sich manchmal aber erst vor Ort herausstellt. Als zusätzliches Erschweren ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass zwei der insgesamt 4 Hausmeister längerfristig erkrankten und ein ehemaliger Hausmeister nach absolviertem Angestelltenlehrgang in den Verwaltungsbereich des Jugendamtes wechselte.

## Fazit und Ausblick

Ende 2013 waren 276 Menschen insgesamt in städtischen Unterkünften untergebracht, davon waren 154 männlich und 122 weiblich.



Eine Analyse im Frühjahr 2013 ergab, dass die Stadt Bergisch Gladbach insgesamt über ca. 265 Plätze zur Unterbringung von Menschen verfügt. (Die Unsicherheit bei der Ermittlung der Plätze hängt damit zusammen, dass die Belegung der Familienzimmer mit der Anzahl der zugewiesenen Familienmitglieder zusammenhängt und weniger vom Raumangebot.) Allerdings wurde durch die massive Steigerung der Flüchtlingszahlen gegen Ende 2013 deutlich, dass eine Erhöhung der Kapazitäten zwingend notwendig ist, um langfristig die Standards einer menschenwürdigen Unterbringung zu halten. Um in 2013 alle bedürftigen Menschen unterbringen zu können, ist gegen Ende des Jahres 2013 in ausgewählten Einzelfällen eine Enger- bzw. Mehrfachbelegung von Zimmern unausweichlich geworden.

Um die Spannungen unter den Bewohnern zu minimieren und den Zerstörungsgrad innerhalb der Unterkünfte zu beschränken, ist in vielen Fällen dennoch weiterhin eine Einzelunterbringung pro Zimmer angezeigt. Dies gilt beispielsweise für traumatisierte Flüchtlinge wie für psychisch erkrankte Menschen in Wohnungsnot.

Renovierungsarbeiten und Instandhaltungsmaßnahmen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten durchgeführt und müssen angesichts der Belegungssituation zunehmend kurzfristig erfolgen.

Alte und inzwischen unwirtschaftliche marode Gebäude sollen in den nächsten Jahren nach und nach aufgegeben und durch wirtschaftlichere Gebäude, die den aktuellen Belegungsnotwendigkeiten angepasst sind, ersetzt werden. Hierzu werden zusätzliche Gebäude zur Zwischennutzung während der Baumaßnahmen benötigt.

Um diesen Anforderungen auch künftig gerecht werden zu können, wurde eine „Projektgrup-

pe Unterkünfte“ installiert. Ziel dieser fachbereichsübergreifenden Projektgruppe ist es, die jeweiligen Bedarfe an Unterbringungsmöglichkeiten zu ermitteln und die notwendige Bereitstellung zeitnah sicherzustellen, was gerade auch in Anbetracht der weiterhin in 2014 deutlich wachsenden Flüchtlingszuweisungen zunehmend an Bedeutung gewinnt.